Migrationsbeirat der
Landeshauptstadt München

Wer Olympia will, braucht auch Demokratische Teilhabe für alle

Antragsteller*in: Anes Hasanbegovic
Eingebracht über den Erweiterten Vorstand

Antrag Nr. 121-23-26
Vollversammlung vom 01.12.2025

I. Antrag

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München fordert den Stadtrat der Landeshauptstadt München auf, politische Schritte einzuleiten, um allen dauerhaft in München lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, die Teilnahme an kommunalen Abstimmungen und Bürgerentscheiden zu ermöglichen.

Insbesondere sollen bei dem, bereits geplanten, Bürger*innenentscheid zu Olympia in München auch Personen mit nicht-EU Staatsangehörigkeit einbezogen werden, sofern sie ihren Hauptwohnsitz in München haben. Uns ist dafür klar, dass die Zeit bis zum 26. Oktober nicht ausreicht, um das Kommunalwahlrecht zu reformieren, wir wollen, aber dass die Stadt andere Mittel findet, um die Perspektive der Nicht-EU Bürger*innen der Stadt, in die Organisation und Bewerbung für die olympischen Spiele miteinbezieht. Auch nach dem erfolgten Bürgerentscheid.

Konkret wollen wir:

● Einbeziehung von Drittstaatler*innen in kommunale Abstimmungen, beginnend mit dem Olympia-Begehren.

● Erneute politische Initiative der Landeshauptstadt München auf der Landesebene, um gesetzliche Änderungen für kommunales Wahlrecht anzustoßen mit einer Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Prüfung rechtlicher Möglichkeiten für kommunales Wahl- und Abstimmungsrecht unabhängig von der Staatsangehörigkeit.

● Öffentliche Transparenz: Veröffentlichung statistischer Daten zur Beschäftigung und Lebenssituation von Drittstaatler*innen in München, um sichtbar zu machen, welchen Beitrag diese Bevölkerungsgruppe zum Funktionieren der Stadt leistet.

II. Begründung

München ist eine Stadt der Vielfalt. Von den rund 1,6 Millionen Einwohner*innen haben über 460.000 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Davon stammen etwa 145.000 Menschen aus sogenannten Drittstaaten, also Ländern außerhalb der Europäischen Union.

Diese Menschen leben, arbeiten und engagieren sich in unserer Stadt. Sie tragen zur sozialen Infrastruktur bei und halten München buchstäblich am Laufen, in Bereichen, die gerade für eine Großveranstaltung wie Olympia von zentraler Bedeutung sind: Pflege, Bau, Gastronomie, Verkehr, Reinigung, Hotellerie, Logistik und Sicherheit. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit sind in Bayern über 18 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit einer nicht deutschen Staatsangehörigkeit. In der Landeshauptstadt München liegt der Prozentsatz bei 33%. Drittstaatler*innen stellen unter diesen Zahlen auch einen wesentlichen Anteil der Arbeitskräfte, auf die die Stadt bei Großveranstaltungen angewiesen ist.

Trotz dieser Realität sind sie von allen Abstimmungen auf kommunaler Ebene ausgeschlossen, selbst wenn Entscheidungen direkt ihren Alltag, ihre Arbeitssituation und ihre Stadt betreffen. Die geplante Abstimmung über eine mögliche Olympia-Ausrichtung ist ein besonders klares Beispiel.
Menschen, die das Stadtbild Münchens prägen, dürfen nicht über ein Projekt mitentscheiden, das ihre Lebensbedingungen maßgeblich beeinflusst.

Diese Regelung steht im Widerspruch zu den Grundsätzen demokratischer Teilhabe und Gleichberechtigung. Wer in München lebt, sollte auch mitentscheiden dürfen, wie sich die Stadt entwickelt.

Wer München trägt, soll auch über seine Zukunft mitbestimmen. Die demokratische Teilhabe darf nicht vom Pass abhängen, sondern vom gelebten Alltag in dieser Stadt. Ein Olympia-Projekt, das im Namen der gesamten Stadt verhandelt wird, muss auch von der gesamten Stadtbevölkerung mitgetragen werden und das schließt die 145.000 Münchner*innen ohne EU-Pass ausdrücklich ein.

III. Beschluss nach Antrag

Der Antrag wird in der Gesamtabstimmung einstimmig mit nachfolgenden Änderungen beschlossen:

Antragsteller*in: ~~Anes Hasanbegovic~~ **Mitglieder des Migrationsbeirats**
Eingebracht über den Erweiterten Vorstand

I. Antrag

Insbesondere sollen bei dem, bereits geplanten, Bürger*innenentscheid zu Olympia in München auch Personen mit nicht-EU Staatsangehörigkeit einbezogen werden, sofern sie ihren Hauptwohnsitz in München haben~~. Uns ist dafür klar, dass die Zeit bis zum 26. Oktober nicht ausreicht, um das Kommunalwahlrecht zu reformieren, w~~**W**ir wollen, ~~aber~~ dass die Stadt andere Mittel findet, um die Perspektive der Nicht-EU Bürger*innen der Stadt, in die Organisation und Bewerbung für die olympischen Spiele miteinbezieht. Auch nach dem erfolgten Bürgerentscheid.

II. Begründung

München ist eine Stadt der Vielfalt. Von den rund 1,6 Millionen Einwohner*innen haben über 460.000 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Davon stammen etwa ~~145.000~~ **260.000** Menschen aus sogenannten Drittstaaten, also Ländern außerhalb der Europäischen Union.

Wer München trägt, soll auch über seine Zukunft mitbestimmen. Die demokratische Teilhabe darf nicht vom Pass abhängen, sondern vom gelebten Alltag in dieser Stadt. Ein Olympia-Projekt, das im Namen der gesamten Stadt verhandelt wird, muss auch von der gesamten Stadtbevölkerung mitgetragen werden und das schließt die ~~145.000~~ **260.000** Münchner*innen ohne EU-Pass ausdrücklich ein.

gez.	gez.	gez.
Dimitrina Lang	Lara Galli	Arif Abdullah Haidary
Vorsitzende	1. Stellvertretende Vorsitzende	2. Stellvertretender Vorsitzender